

Antifaschistische

BOCHUMER BLÄTTER



Nr. 2/2000

Information der VVN - Bund der Antifaschisten

9. November 1938:

Erkennen – Erinnern – Handeln

Die Bilanz des Novemberpogroms 1938 ist bekannt

Über 90 Ermordete und Todesfälle, über 30 Schwerverletzte und Selbstmorde, nicht wenige Vergewaltigungen; etwa 30.000 Juden wurden verhaftet, davon fast 9.000 ins KZ Buchenwald, über 10.000 ins KZ Dachau, fast 10.000 ins KZ Sachsenhausen verschleppt, von denen viele nie mehr zurückkamen; zahlreiche jüdische Friedhöfe wurden verwüstet, mindestens 262 Synagogen, ca. 7.500 jüdische Geschäfte, mindestens 177 Wohnhäuser zerstört und/oder geplündert, zehntausende von Fensterscheiben eingeworfen. Es entstand ein erheblicher Sachschaden.

Der Novemberpogrom von 1938 brachte die bis dahin größten und schlimmsten antisemitischen Ausschreitungen auf deutschem Boden – wie in Mitteleuropa überhaupt – seit den Massakern des Mittelalters. Viele Deutsche waren daran beteiligt, alle Deutschen waren Zeugen; denn es geschah in ihrer Stadt, in ihrem Dorf, in ihrer Straße, in ihrem Haus, verübt von Deutschen an Deutschen, eben „nur“ weil sie Juden waren.

Jeder konnte sehen, daß dies ein himelschreiendes Unrecht war, und alle mußten es wissen, aber so gut wie niemand hat es laut gesagt oder gar hinausgeschrien. Es mag sein, daß die

Mehrheit des deutschen Volkes damals dies alles vielleicht nicht so oder nicht ganz so gewollt hat. Doch gab es viel heimliche und offene Schadenfreude, wenig erkennbare Anteilnahme oder tätige Betroffenheit oder gar mutige Hilfeleistung, dafür Gleichgültigkeit vor allem und keinerlei öffentlich vernehmbaren Protest.

Die Pogromnacht vom November 1938 war die Nacht, in der Anstand und Menschlichkeit auch aus ihren christlichen Angeln gehoben wurden. Sie war im Sinne der Nationalsozialisten ein gelungener Volkstest, wodurch das Tor zur folgenden, bislang einmaligen Judenverfolgung und Judenvernichtung erst richtig aufgestoßen und die letzten Hemmschwellen abgebaut wurden.

Es ist richtig: 1938 ging es noch darum, ein „judenreines Reich“ durch den Zwang zur Auswanderung zu schaffen. Dennoch: Vom 9./10. November 1938 bis zur Deportation der Juden ab 1940, bis zur ersten „Probevergasung“ in Auschwitz am 3. September 1941, bis zur Wannsee-Konferenz vom



20.1.1942, bis zur Vernichtung des Warschauer Ghettos im April/Mai 1943, bis zur Hochkonjunktur der Todesfabriken in Auschwitz, Majdanek, Treblinka und vielen anderen Vernichtungslagern waren es nunmehr kleine Schritte. Davon haben wohl nicht alle gewußt, und viele haben es nicht geglaubt oder überhaupt für möglich gehalten.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Erkennen – Erinnern – Handeln

Den Novemberpogrom 1938 jedoch haben alle Deutschen so oder so unmittelbar miterlebt, Millionen hörten von der Barbarei, viele Tausende sahen die Brandstätten, die deutsche Öffentlichkeit wußte alles. Nach dem staatlichen Antisemitismus von 1933 bis 1938 und dem Novemberpogrom von 1938 konnten die Judenverfolgungen nun in hemmungslose Judenvernichtung übergehen. Millionen waren betroffen, eine Zahl, die nur aussagefähig wird, wenn man sich bewußt macht, daß es Millionen Einzelschicksale sind, jeder Mensch nur ein Leben hat.

Die persönlichen Leidenswege und familiären Schicksale, die sich hinter diesen schwarzen Zahlen verbergen, sind weitgehend unbekannt, man kann sie allenfalls nur schwach erahnen. Aber alles war gewiß viel barbarischer, viel schlimmer, viel schrecklicher, als man sich dies heute vorstellen kann.

Die meisten der persönlichen Erinnerungen wurden bereits mit in die Gräber genommen, nur wenige wurden oder werden aufgeschrieben und hoffentlich für alle Zeiten aufbewahrt und überliefert. Niemals wird sich die böse Chronologie des Antisemitismus, der Diskriminierung, Zerstörung, Vertreibung, Deportation und Vernichtung aus der Geschichte der deutschen Dörfer, der Städte, des deutsch-beherrschten Europas löschen, und kein Jota der Geschichte wird sich ändern lassen. Wer diese Geschichte, die ganz persönliche wie die allgemeine, so nicht akzeptieren will, zu verdrängen oder zu verschweigen versucht, den holt sie früher oder später um so gnadenloser ein.

Es kann hier nicht um nachträgliche Beschuldigungen oder Schuldzuweisungen gehen. Die damaligen Täter,

Mitläufer und Nutznießer haben sich höchstpersönlich selbst mit Schuld beladen, wobei heute viele von Glück sagen können, daß sie damals nicht in Versuchung geführt wurden.

Heute der damaligen Ereignisse zu gedenken, sollte vor allem dazu anleiten, keinerlei Form der Ausgrenzung von Mitmenschen unter irgendwelchem Vorwand zu dulden. Wer hier und heute gleichgültig ist und schweigt, wenn Anstand oder gar einmal Zivilcourage gefragt oder gefordert sind, der hätte auch damals gleichgültig geschwiegen. Wer heute nichts wissen will, der hätte auch damals und besonders natürlich hinterher gewiß von nichts gewußt. Heute sind unweigerlich wir verantwortlich, jetzt ist es an u n s, an jedem Einzelnen, an jedem an seinem Ort, die Weichen für die Zukunft ein für allemal so fest zu stellen, daß der Zug der Geschichte nicht wieder so gräßlich entgleisen kann. In diesem Sinne lautet die Lehre der Geschichte: Erkennen und Erinnern, Lernen und Handeln, mit allen guten Kräften eine mitmenschlichere Welt zu verwirklichen suchen, im Kleinen wie im Großen an einer gerechteren und friedlicheren Lebensordnung in Deutschland, in der Welt mitwirken helfen, die Haß und Pogrome unmöglich macht. Die täglichen Berichte in den Medien machen entsprechendes Handeln zwingend.

Hubert Schneider

Erstveröffentlichung in Josef Krug, Brunos Kristallnacht 1998.

Hinweis der Redaktion: Wir waren der Meinung, daß dieser Artikel, wenn auch bereits 1998 geschrieben, nichts an seiner Aktualität verloren hat; deshalb veröffentlichen wir ihn in unserer Zeitung.

Bundeskongress der VVN - Bund der Antifaschisten

Unter dem Motto „Antifaschismus – Verpflichtung für die Zukunft – Gegen den Schlußstrich“ fand am 7. und 8. Oktober 2000 der Bundeskongress der VVN - BdA in Frankfurt/Main statt. 53 Jahre nach Gründung der VVN im Jahre 1947 fand wieder einmal ein Bundeskongress am Gründungsort statt. Nur noch wenige Gründungsmitglieder dieser antifaschistischen Organisation leben noch und arbeiten heute noch aktiv mit.

Die Delegierten zogen Bilanz über ihre bisherige Arbeit und diskutierten, wie in Zukunft die Tätigkeit der Organisation erfolgen soll. Neben vielen anderen Anträgen wurde sehr intensiv über den Leitantrag „Erfordernisse des Kampfes gegen rechts“ diskutiert. (Vollständiger Wortlaut unter <http://www.vvn-bda.de>).

Dieser Antrag wird in der nächsten Zeit Richtschnur für die VVN - Bund der Antifaschisten sein.

In diesem Antrag wird noch einmal formuliert:

- Was der Nährboden für Neofaschismus und Rassismus ist.
- Was getan werden muß, um ihn wirksam zu bekämpfen.
- Daß nicht nur leere Worte genügen, sondern Taten folgen müssen.
- Daß es für faschistische und rassistische Praktiken und Ziele keine Betätigungsfreiheit geben darf. Denn:

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Impressum

Herausgeber: VVN - Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum

V.i.S.d.P.: Klaus Kunold, Graffring 39, 44795 Bochum

Satz und Gestaltung: RuhrEcho Verlag: Anke Pfromm

Druck: Innova-Print, Bleichstr. 6, Bochum.

Auflage: 1.000

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Endlich – Zwangsarbeit wird entschädigt!

Das Stiftungsgesetz wurde vom Bundestag verabschiedet.

Das Kuratorium der Stiftung ist gebildet und der Vorstand des Kuratoriums wurde gewählt.

Das deutsch-amerikanische Regierungsabkommen zwischen den Vertretern der Bundesrepublik Deutschland und den USA sowie den Opferverbänden und den Anwälten wurde in Berlin unterzeichnet.

Zunächst können wir erst einmal feststellen, daß endlich nach 55 Jahren die Überlebenden eine kleine, symbolische Entschädigung erhalten. Aber ob dieses Geld noch im Jahre 2000 ausbezahlt wird, dafür gibt es keine Garantie.

Wenn es auch den Anschein hat, es sei alles geregelt und gehe schon seinen Gang, so gibt es doch noch einiges zu tun, denn es kann und darf das Thema Zwangsarbeit nicht in den Akten abgeheftet werden.

Wir möchten noch einmal eine kurze Rückschau halten und uns dann damit befassen, was in Zukunft noch zu tun ist.

Fast zwei Jahre beschäftigte sich nun wieder die VVN - BdA Bochum und später dann zusammen mit der Initiative „Entschädigung jetzt!“ mit dem Thema Zwangsarbeit in Bochum.

Erst durch die Ankündigung von Sammelklagen in den USA von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern gegen deutsche Konzerne, die während des Faschismus durch die Ausbeutung der Arbeitsklaven profitierten und um ihren heutigen Absatz in den USA fürchten, wurde die deutsche Wirtschaft aktiv. Die ersten Vorstellungen der deutschen Wirtschaft zur Frage der Entschädigung waren jämmerlich. Auch der erste Referentenentwurf des Finanzministeriums war enttäuschend und menschenverachtend und benachteiligte eindeutig die Opfer.

Erst die Proteste der Opfer, ihrer Anwälte, der Opferverbände und der Öff-

entlichkeit bewirkten, daß einige Verbesserungen im Gesetzentwurf erreicht und die Benachteiligung einzelner Opfergruppen beseitigt wurde. Durch die gute Öffentlichkeits- und Pressearbeit der VVN - BdA Bochum und der Bürgerinitiative „Entschädigung jetzt!“ haben wir auch in Bochum dazu beigetragen, daß sich einiges bewegt hat.

Von den 200.000 Unternehmen, die von der Zwangsarbeit profitierten, haben sich bisher nur 3.000, also 1,5% an der Stiftungsinitiative beteiligt.

Auch diese müssen davon überzeugt werden, das sie ihrer historischen und moralischen Verantwortung nachzukommen haben.

Desweiteren müssen Bochumer Firmen dazu bewegt werden, ihre Archive für historische Recherchen zu öffnen.

Die Initiative „Entschädigung jetzt!“ hat sich Ende September mit einem Schreiben an den Oberbürgermeister und an die im Rat vertretenen Parteien gewandt.



Von den zugesagten 5 Milliarden DM der deutschen Wirtschaft sind beim Schreiben dieses Artikels erst 3,2 Milliarden DM zugesichert, jedoch nur zum Teil eingezahlt worden.

Die Auszahlung an die Opfer soll erst erfolgen, wenn die gesamte Summe vorhanden ist und die Sammelklagen zurückgezogen worden sind. Weiterer Druck ist erforderlich, um dieses skandalöse Verhalten der deutschen Wirtschaft zu beenden.

Auch in Bochum gibt es noch einige Firmen, deren Beitritt zur Stiftungsinitiative noch aussteht.

In diesem Brief wird nachgefragt, was aus dem Ratsbeschluß vom 27. Januar 2000 geworden ist.

Welche humanitäre Hilfe den ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die während des Faschismus in Bochum Sklavenarbeit leisten mußten, gewährt wurde.

Gleichzeitig unterbreitete die Initiative konkrete Vorschläge zu diesem Thema.

Bisher ist der Initiative auf ihr Schreiben noch keine Antwort zugegangen. Wenn diese erfolgt, werden wir in unserer Zeitung darüber berichten.

Klaus Kunold

Festnahme von Antifaschisten

Kaum zu glauben, aber wahr

Dieser Artikel liest sich zwar wie ein schlechter Krimi, ist aber keiner. Vielmehr handelt es sich um eine Bochumer Begebenheit, geschehen am Freitag, dem 14. Juli 2000.

Aufgrund regelmäßiger Treffen rechtsradikaler Skinheads freitags abends in der Bochumer Innenstadt hatten Antifaschisten beschlossen, sich am o.g. Tag am Bochumer Hauptbahnhof zu treffen, um den Rechtsradikalen zu zeigen, daß sie hier unerwünscht sind. Die Zusammenkunft, an der u.a. auch Wolfgang Quere, Mitglied der VVN Bochum, teilnahm, war keine Demonstration oder Kundgebung. Es gab weder Transparente, noch Plakate, keine Sprechchöre, Flugblätter o.ä., die Leute standen einfach nur rum.



Die Polizei war präsent mit zumindest 2 Streifenwagen und ca. 10 Zivilbeamten, die sich auch als solche zu erkennen gaben. Ankommende Skinheads wurden von der Polizei sofort aufgegriffen und weggefahren. Zu Auseinandersetzungen kam es nicht. Gegen 20.⁰⁰ h wurden die Antifaschisten von der Polizei aufgefordert, den Platz vor dem Bahnhof zu räumen, was auch geschah. Man ging ins Bermuda-Dreieck. Dort erzählte dann ein vorbeikommender Kollege, in der Brüderstraße sei es zu einem Zwischenfall gekommen.

Was dann weiter geschah, schildert Wolfgang Quere so:

An der Ecke Brüderstraße/Südring sahen wir etwa ein Dutzend Personen, die zuvor auch am Hauptbahnhof dabei waren. Im Hintergrund der Szene wur-

de ein Antifaschist von der Polizei gefilzt und anschließend weggefahren. Die Staatsmacht war mit ca. 20 Personen vor Ort. Unsere Gruppe verhielt sich friedlich und fragte lediglich die Beamten, was geschehen sei.

Plötzlich hieß es, dass wir den Standort nicht verlassen dürften und unsere Personalausweise abzugeben hätten. Auch hierfür verweigerte die Polizei zunächst jegliche Erklärung.

Erst als ich mich als Kreissprecher der DKP Bochum vorstellte, wurde ich mit den Worten „ein politischer Funk-

tionsträger“ zur Einsatzleiterin gebracht. Diese erklärte mir, dass einige Mitglieder unserer Gruppe sich vermummt und Handschuhe angezogen hätten, so dass offenbar Gewaltanwendung geplant wäre und wir deshalb in Polizei-Gewahrsam genommen

würden.

Ich hatte weder Personen mit Handschuhen, noch Vermummt gesehen. Ein paar Leute hatten lediglich Kapuzen auf, da es regnete. Schließlich wurden wir, die Hände mit Kabelbindern auf dem Rücken gefesselt, in die Kleinbusse verladen. Ich selbst wurde nicht gefesselt und mit einem Zivilwagen weggefahren.

Zuvor durften einige Leute gehen. Auch ich sollte gehen, was ich aber verweigerte, da ich genauso viel bzw. so wenig wie die anderen getan hatte.

Während der ganzen Zeit blieben die Antifas völlig friedlich. Es gab lediglich verdutzte Fragen nach dem „Warum“ der ganzen Aktion.

Gegen 21.⁰⁰ h wurden elf Personen in das Polizeipräsidium an der Uhlandstr. mitgenommen. Auf der Fahrt dort-

hin erzählten die beiden mich „begleitenden“ Zivilbeamten, dass in unserer Gruppe darüber gesprochen worden sei, eine Kneipe, die als Skinheadtreff bekannt ist, zu stürmen. Das wäre der Grund, weshalb wir vorbeugend in Gewahrsam genommen werden müßten. Von derartigen Erstürmungsplänen ist mir nicht das geringste bekannt. Auch die Einsatzleiterin der Polizei hatte derartige obskure Pläne nicht vermutet.

Auf der Wache wurden die Festgenommenen, immer noch gefesselt, zunächst in eine Gemeinschaftszelle geführt. Ich bekam hier wieder eine Sonderbehandlung und durfte (mußte) vor dieser Zelle warten. Die Gefangenen wurden dann einzeln herausgeführt, und wir mußten Jacken, Taschen, Armbanduhr, Schmuck und den gesamten Inhalt der Hosentaschen abgeben. Danach gab es noch eine weitere Durchsuchung, bevor es in eine Einzelzelle ging. Telefonate mit Angehörigen oder Anwälten wurden ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Die Schuhe mußten vor der Zelle ausgezogen werden, in der die Temperatur vielleicht bei 17 Grad lag, so dass man schnell anfangen zu frieren.

Nachdem bei allen eine Alkoholprobe durchgeführt wurde, kamen wir einzeln zur erkennungsdienstlichen Behandlung (Fotos, Fingerabdrücke der Finger und der Handinnenfläche), wobei uns garantiert wurde, dass diese Daten bei einer Einstellung des Verfahrens oder bei Freispruch auf Antrag vernichtet würden.

Auf Nachfrage, welches Verfahren denn gemeint sei, erfuhr ich hier zum ersten Mal, dass wegen Landfriedensbruchs gegen uns ermittelt werde.

Nach der ED-Behandlung bekam ich meine Sachen zurück und konnte, mittlerweile gut durchgefroren, am Morgen des 15.7.2000 gegen 3.⁵⁰ h gehen.

Heuchelei im Rathaus

Nachdem Nazi-Skins einen jungen Farbigen durch die Innenstadt gejagt hatten, zog am 11. August ein Protestzug von fast 2.000 Menschen durch Bochum – eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre. Auf der Eröffnungskundgebung vor dem Hauptbahnhof sprach auch ein Vertreter der VVN - Bund der Antifaschisten – der Bochumer Lehrer und Krimi-Autor Reinhard Junge.

Junge kritisierte u.a. *die öffentliche Heuchelei, die seit dem Düsseldorfer Sprengstoffanschlag betrieben wird. Denn alle Formen des Neonazismus begleiten die Geschichte der BRD seit Anfang an. So gab es schon unter Adenauer die Begnadigungsaktionen für Wirtschaftsführer, Generäle, Lehrer, Richter und Polizisten, die in der Nazizeit mit dem Hitlerregime kollaboriert hatten, und in den 60-er Jahren die Förderung der NPD u.a. durch den Bielefelder Oetker-Konzern, des-*

sen Gründer SS-Mitglied gewesen war. Zugleich habe es – auch in Bochum – fast durchgängig nur eine halbherzige Verfolgung von Neonazi-Straftaten durch Polizei und Justiz gegeben, was von den Tätern eher als eine augenzwinkernde Billigung aufgefasst worden sei. Das „Polizeibüro II“ (der „Staatsschutz“) verharmlose Nazi-Aktivitäten, damit die Statistik und der Ruf der Stadt sauber blieben. Der VVN-Vertreter schloss seinen Beitrag mit einer scharfen Kritik an der Behandlung des Faschismus und Neonazismus.

Man lebe in einer Stadt,

- deren Oberbürgermeister keine Veranlassung sieht, auf Bochumer Firmen einzuwirken, sich am Stiftungsfond zugunsten der Zwangsarbeiter zu beteiligen,
- in der antifaschistische Denkmäler auf der Schutthalde im Bauhof landen,

- die sich weigert, ehemalige Folterstätten der Nazis und Nebenlager des KZ Buchenwalds zu kennzeichnen und das ehemalige KZ Gibraltar nicht in eine Gedenkstätte, sondern in einen Partyschuppen verwandelt hat,
- die seit 55 Jahren keine eigene Dokumentation über Judenverfolgung und „Arisierungen“ in Bochum zustande gebracht hat,
- deren Oberbürgermeister sich noch nie bei der Ehrung für die von den Nazis ermordeten Widerstandskämpfer hat sehen lassen, aber statt dessen regelmäßig zum „Tag der Heimat“ zu unverbesserlichen Revanchisten geht, für die der Zweite Weltkrieg sich auf alliierte Bombardements gegen zivile Ziele und auf die Vertreibung von Deutschen aus dem Osten beschränkt.

(Den vollständigen Text gibt es unter www.reinhard-junge.de im „Archiv“.)

Veranstaltungshinweise/Termine:

03.11. bis 17.11.

Anne Frank Kultur Wochen

Für Fremdenfreundlichkeit, Akzeptanz und Toleranz, gegen Rassismus und Neofaschismus im Kultur-Magazin, Lothringerstr. 36, Gerthe.

Weitere Informationen: Tel.: 0234/8906680 und unter <http://www.bo-alternativ.de>.

Mi. 08.11.

„Meine Rache ist, dass ich lebe!“
Vortrag und Diskussion mit Orna Birnbach, Tel Aviv, Überlebende von Auschwitz und Zeugin in den Bochumer KZ- und SS-Prozessen.
Veranstalter: Bhf. Lgdr./Politik, GEW und VVN - BdA Bochum.
19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer

Do. 09.11.

Gedenkveranstaltung anlässlich des 62. Jahrestages der Reichspogromnacht

an der Gedenktafel BfG, Huestraße, 17.30 Uhr.

Anschließend etwa gegen 19.00 Uhr im Stadtarchiv, Kronenstr. 47

Eröffnung der Ausstellung:

„Zeitenbruch 1933 - 1945, jüdische Existenz in Rheinland-Westfalen“

Sa. 11.11.

Blumenpflanzaktion – Zeichen der Versöhnung

Treffpunkt: 11.00 Uhr, Eingang Hauptfriedhof Freigrafendamm.

So. 19.11

Mahn- und Gedenkveranstaltung der VVN - BdA für die ermordeten Bochumer Antifaschisten

Treffpunkt: 11.00 Uhr, Eingang Hauptfriedhof Freigrafendamm.
Gedenkrede: Ulrich Kosfeld, Pfr. e.M.

Fr. 24.11.

Versammlung der VVN - BdA Bochum

19.30 Uhr, Gaststätte Simplon, Poststr. 43.

Aktuelle Infos auch unter:
<http://www.bo-alternativ.de>

Verbot aller Neonazi-Gruppen

NPD-Verbot – eine Alibi-Diskussion?

Die Attentate haben Bund und Länder unter Druck gesetzt: Die üblichen Worte des Bedauerns sollen durch eine Maßnahme ergänzt werden, die weltweit als Beweis für den „Kampf“ der Regierenden gegen die Neonazis erhalten kann. Und so reden die Chefs der etablierten Parteien – über 30 Jahre nach deren Gründung – plötzlich über ein Verbot der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“, der NPD.

Nach dem ersten Beifall in Teilen der Öffentlichkeit begann eine Debatte, die um zwei Fragen kreiste: Wäre solch ein Verbot wirklich wirksam? Und: Ist es überhaupt juristisch einwandfrei erreichbar?

Sicher: ein NPD-Verbot wäre nicht das Ende des Neonazismus. Verstärkte öffentliche Aufarbeitung ist angesagt. Und es müssen Rahmenbedingungen her, die jungen Leuten wieder eine Perspektive bieten. Aber wie kann das klappen, wenn Unternehmer und Politiker zur selben Zeit die Reste des Erhard'schen „Sozialstaats“ nicht schnell genug beseitigen können? Zudem: die NPD ist nur eine von vielen Neonazi-Gruppen – und die parlamentarisch erfolgreichste. DVU und Reps hingegen sitzen in mehreren Par-

lamenten (u.a. im Landtag von Sachsen-Anhalt). Aber von denen ist keine Rede. Will man den rüdigsten Wolf erledigen und das Rudel weiterziehen lassen?

Also: erst ein Verbot von NPD *und* DVU und Reps würde die organisatorischen Strukturen der Neonazis empfindlich treffen. Ohne Büros und Schulungsstätten, vor allem aber ohne die Millionen auf den Konten (zum großen Teil aus der Erstattung von Wahlkampfkosten stammend) würden den neuen Nazi-Führern die Beine unter dem Hintern weggezogen. Warum zögert man?

An dieser Stelle melden sich die Taktierer zu Wort, die juristischen Feingeister, die bei der Frage nach der Uhrzeit erst einmal nachschlagen, ob sie darauf überhaupt antworten dürfen. Wenn, warnen sie, die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht obsiegen würde – wie lächerlich stünde der „demokratische Rechtsstaat“ da? Welchen Triumph würden die Nazis dann feiern! Welchen Zulauf erwarten! Nein, sagen sie, dann lieber gar nicht erst nach Karlsruhe gehen ...

Ins Grundgesetz haben diese Leute nicht geguckt. Nach Artikel 139 sind noch alle Vorschriften in Kraft, die nach 1945 von den Alliierten zum Verbot nazistischer und militaristischer (!) Organisationen samt ihren Ersatzgruppierungen erlassen wurden. Im Klartext: die Innenminister sind gefordert. Sie können die braunen Parteien als Nachfolgeorganisationen der NSDAP auflösen, ohne erst in Karlsruhe zu prozessieren. Mit all den Materialien, die der Staatsschutz gesammelt haben müsste (und die jeder Surfer im Internet finden kann), dürften Beweise kein Problem sein. Oder geht es wie beim Verbot der FAP vor einigen Jahren wieder nur darum, sich ein demokratisches Alibi zu verschaffen? Die nächsten Monate werden es zeigen.

Reinhard Junge

www.ruhrecho.de

RuhrEcho Verlag



Zwischen Verdrängung und Spurensuche

Die Verfolgung der Juden in der Erinnerung der Bochumer Bevölkerung

Herausgegeben von Klaus Kunold
Bilanz des Umgangs mit der Geschichte der Judenverfolgung in Bochum. Jüdische Zeitzeugen berichten über ihre Erlebnisse während der Verfolgung. In weiteren Aufsätzen wird die Geschichte zwischen den Gegensätzen von Verdrängung und Gedenken dargestellt. Dabei ist Bochum ein Beispiel für den Umgang mit der Geschichte in Deutschland.

ISBN 3-931999-08-4, 12,00 DM

Karl Grünberg

Brennende Ruhr

Roman aus der Zeit des Kapp-Putsches

... ein ungehobeltes Buch, die „Brennende Ruhr“ des Proletariers Karl Grünberg ... Ein „Roman aus dem Kapp-Putsch“, eingeführt von Johannes R. Becher, womit das Werk politisch-sozialmoralisch gekennzeichnet ist. Ich wünsche weder den Autor noch den Patron zu beleidigen, indem ich feststelle, dass das Buch starke künstlerische Eigenschaften besitzt.

Thomas Mann, 1928

„Brennende Ruhr“ ist gesunde, kräftige Kost

Johannes R. Becher, 1928

Grünberg ... entfaltet ein facettenreiches Bild der (lokal-)historischen Begebenheiten und der politischen Motive zentraler Führergestalten, ...

Chronik des Ruhrgebietes, 1997

ISBN 3-931999-03-3, 25,00 DM

Lore Junge:

Mit Stacheldraht gefesselt

Die Rombergparkmorde – Opfer und Täter

Mehr als 500 Morde geschahen Anfang 1945, als die Nazis endabrechneten. Männer und Frauen, Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschaftsfunktionäre und Christen, ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene wurden als Leichen im Rombergpark verscharrt.

ISBN 3-931999-07-6, 20,00 DM

Günter Gleising

Heinz Renner

Eine politische Biographie

Die persönliche Ausstrahlung des hageren Mannes mit dem zerfurchten Gesicht war außergewöhnlich. Legendar sind seine Wortgefechte mit Adenauer, seinem politischen Gegner schon während der Weimarer Republik.

Wie kein anderer Kommunist hat Renner an der Politik im Ruhrgebiet und der frühen Bundesrepublik mitgewirkt.

Stationen im Leben von Renner: Soldat im I. Weltkrieg, Stadtverordneter der KPD in Essen, Emigration in Paris, Gefangenschaft im Internierungslager „Vernet“ in Frankreich, 1946 Oberbürgermeister in Essen, 1947 Minister in NRW, Mitglied im Parlamentarischen Rat, Bundestagsabgeordneter, Emigration in Berlin/DDR.

ISBN 3-931999-02-5, 29,00 DM

Heute bestellen - Morgen abholen!
bei einer Auswahl von 350.000 Titeln

Bücher, Kalender, Comics, Lernspiele, Software...
...und vieles mehr !!!

Auch internationale Literatur besorgen wir
schnell & zuverlässig!

Spar die GEZ-Gebühr -
lies ein Buch!

(oder mehrere !!!)

Buchhandlung Paulsen
Tel.: 0234 - 92 705 92
Fax 92 705 91
e-mail: lalibreria@t-online.de
Wartburgstr. 3 (am Stern)
Bochum-Langendreer-West
Öffnungszeiten: 9:00 h - 18:00 h Sa: 9:30 h - 13:30 h

